

TAGUNG // CONFERENCE

KONFLIKTUELLE KULTURPOLITIK CONFLICTUAL CULTURAL POLITICS

RÄUME UND AKTEUR*INNEN (RADIKAL-)DEMOKRATISCHER AUSEINANDERSETZUNG

SPACES AND ACTORS OF (RADICAL-)DEMOCRATIC CONTESTATION

**28. UND 29. JANUAR 2022 // 28 AND 29 JANUARY 2022
ONLINE, DEUTSCH/ENGLISCH // ONLINE, GERMAN/ENGLISH**

Konferenzorganisation // Conference organization

Institut für Politikwissenschaft // Department of Political Science
Universität Wien // University of Vienna

Projekt AGONART: Oliver Marchart, Anke Schad-Spindler, Stefanie Fridrik,
Friederike Landau-Donnelly

In Kooperation mit dem Arbeitskreis Konstruktivistische Theorien der Politik
der DVPW // In cooperation with the working group Konstruktivistische
Theorien der Politik of the GPSA

FREITAG, 28. JANUAR 2022 // FRIDAY, 28 JANUARY 2022

13:30 - 14:15 Uhr // 1.30 - 2.15 PM

Begrüßung & Eröffnungsvortrag // Welcome & opening presentation

"AGONART: Researching Urban Cultural Policy as Conflictual Cooperation"
(auf Englisch // in English)

Im Forschungsprojekt "Agonistische Kulturpolitik (AGONART) - Fallstudien zur konfliktiven Transformation von Kulturstandorten" widmen wir uns dem Feld der Kulturpolitik auf städtischer Ebene. Wir untersuchen kulturpolitische Dynamiken zwischen Konflikt und Kooperation in den Städten Wien, Graz und Linz anhand aktueller politischer Maßnahmen (des Festivals "Kultursommer Wien", des Grazer Kulturjahres und der Linzer Initiative "Mural Harbor/Mural City"). Dabei verortet sich unsere Projektarbeit im transdisziplinären Bereich der anwendungsorientierten sozialwissenschaftlichen Grundlagenforschung in Politikwissenschaft und politischer Theorie und setzt einen Schwerpunkt auf Konflikttheorie und agonistischer Demokratietheorie (Mouffe 2005; 2013; Landau 2019; Marchart 2020). Im Zuge der Konferenz stellen wir, neben den theoretischen Grundlagen, eine erste Bilanz unseres seit Dezember 2020 laufenden Forschungsprozesses vor. Dabei greifen wir exemplarisch auf die über Interviews generierten und inhalts- und situationsanalytisch (Clarke 2012) aufbereiteten Daten zurück. In unserer Interpretation der Entstehung, Entfaltung und Äußerung von Konflikten bedienen wir uns eines vorläufigen Modells, das diese (politischen) Dynamiken der Antagonisierung in unterschiedlichen Modi typologisiert. Auf diese Weise können wir nicht nur erste Erkenntnisse aus der übergreifenden Analyse teilen, sondern diese auch anhand konkreter Beispiele lokaler, kulturpolitischer Konflikte verdeutlichen.

The research project "Agonistic Cultural Policy (AGONART) - Case Studies on the Conflictual Transformation of Cultural Sites" focuses on the field of cultural policy at the municipal level. We explore cultural policy dynamics between conflict and cooperation in the cities of Vienna, Graz and Linz based on current policy measures (the festival "Culture Summer Vienna", the "Year of Culture" Graz and the initiative "Mural City/Mural Harbor" in Linz). In doing so, our project work is located in the transdisciplinary field of practice-oriented basic social science research in political science and political theory, with a focus on conflict theory and agonistic democratic theory (Mouffe 2005; 2013; Landau 2019; Marchart 2020). In the course of the conference, we will present, in addition to the theoretical foundations, a first review of our ongoing research process since December 2020. We will draw on exemplary data generated via interviews and analyzed in terms of content and situation (Clarke 2012). In our interpretation of the emergence, unfolding, and expression of conflicts, we make use of a preliminary model that typologizes these (political) dynamics in different modes. In this way, we can not only share initial findings from the overarching analysis, but also illustrate them with concrete examples of locally situated cultural-political conflicts.

14:15 - 16:15 Uhr // 2.15 - 4.15 PM

PAPER SESSION A (Chair: Anke Schad-Spindler)

"Umstrittene Räume - urban, rural, digital" // "Contested spaces - urban, rural, digital"

Art-based Commoning. Zur räumlichen Verstrickung von Kultur- und Stadtpolitik am Beispiel der Projekträume in Berlin

Séverine Marguin, Technische Universität Berlin | Dagmar Pelger, Universität der Künste Berlin

Selbstverwaltete Kunst-, Kultur- und Projekträume in Berlin waren immer schon und sind gerade wieder zunehmend Teil einer - auch widerständigen - Stadtentwicklung von Unten. Einerseits von Finanzialisierungsdruck, Präkarisierung, Verdrängung und Vereinnahmung bedroht, sind diese Räume zugleich auch Orte urbaner Subsistenzökonomie, sozialer Reproduktionsarbeit oder des Begehrens nach dem guten Leben. Mit Mitteln der Kunst wird an vielen dieser Orte auch politisch gearbeitet an einer Stadt für Alle.

Aufbauend auf unseren jeweiligen Arbeiten zu Projekträumen (Marguin 2016, 2019) und Commons Space (Pelger 2020) untersuchen wir empirisch die von den Projekträumen betriebene Raumproduktion, um die Qualitäten kunstbasierter, vergemeinschaftender Räume (als art-based spatial commons) und deren Wirkung auf den nachbarschaftlichen Stadtraum herauszuarbeiten. Die qualitative, interdisziplinäre Recherche führen wir im Rahmen eines Lehrforschungsprojekts an der Schnittstelle zwischen Architektur, Soziologie und Urban Design zwischen der Universität der Künste und der Technischen Universität Berlin durch: Gemeinsam mit 20 Studierenden haben wir multimodale Daten (Feldnotizen, Skizzen, Interviews) zu ca. 20 Projekträumen in Berlin erhoben, die wir nun in einem synthetisierenden Mapping, verstanden als Joint Spatial Display (Marguin, Pelger, Stollmann 2021), integrieren.

Wir sind gerade dabei sowohl Raumtypen und Raumsysteme auf dem Maßstab der Projekträume, als auch Verstrickungen zwischen kommunaler Kultur- und zivilgesellschaftlicher Stadtpolitik auf dem Maßstab der Gesamtstadt zu erarbeiten, mit dem Ziel, ein transskalares Mapping zur vergemeinschaftenden Raumproduktion in der freien Szene Berlins zu erstellen. Ende Januar wird die „One Big Map“ entstehen, die die sozial-räumlichen Dimensionen der Zugänglichkeit, Inklusion und Selbstverwaltung der Projekträume als Common-Produzenten zusammenbringt. Neben der Darstellung der One Big Map möchten wir gerne über deren Entstehungsprozess methodologisch berichten.

Die Refiguration von Grensräumen. Skalierungen eines trinationalen (Stadt-)Raumes am Beispiel der IBA Basel

Vivien Sommer | Michael Wetzels, Technische Universität Berlin

Der Beitrag will am Beispiel der Internationalen Bauausstellung (IBA) Basel aufzeigen, wie die von Reckwitz (2019) aufgeworfene Frage nach Spannungen in den spätmodernen Kulturalisierungen des Sozialen als Refiguration von Räumen (Knoblauch/Löw 2020) untersucht werden kann.

Die IBA Basel verfolgt das Ziel innovative Impulse für (Stadt-)Planung und Architektur zu setzen. Ihr Fokus liegt in der Aufwertung von (städtischen) Grensräumen. Dieser Impuls wurde auch in der Metropolregion Basel im Dreiländereck Deutschland, Frankreich und Schweiz gesetzt, in dem durch grenzüberschreitende Planungsprojekte ein trinationaler (Stadt-)Raum geplant und gebaut

werden soll(te). Gerade aber Grenträume unterliegen einer besonderen Logik, da die Aufwertung von Räumen auch gleichzeitig Abwertung(en) an und neben der Grenze produzieren und so Spannungen zwischen den Kulturalisierungsformen von Hyperkultur (kosmopolitisches Weltbürger:innen-tum) und Kulturessenzialismus (national-regionale Verankerung) sichtbar werden (Reckwitz 2019). Diese Spannungen konnten wir in den von uns untersuchten Teilprojekten der IBA Basel, IBA KIT und 3Land, empirisch rekonstruieren.

Während IBA Kit als Planungsinstrument darauf abzielt, öffentliche Räume der grenzüberschreitenden Region zu erkunden und eine partizipative Gestaltung von Lebensräumen zu ermöglichen, hat sich das Projekt 3Land der Planung eines trinationalen Stadtraum im Perimeter der Städte Basel, Huningue und Weil am Rhein verschrieben. Empirisch konnte in beiden Projekten analysiert werden, dass die Nutzung und Erschaffung von Räumen von und für Kultur (z.B. Zwischennutzung und Umwidmung post-industrieller Zonen (3Land) und Räume für interkulturelle Begegnungs- und Partizipationsformate (IBA KIT)) die Spannungen zwischen Hyperkultur und Kulturessenzialismus zuvorderst einen Kampf um Räume darstellt. Das Argument der Kulturalisierung wollen wir deswegen um das Konzept der Refiguration (Knoblauch/Löw 2020) erweitern, da diskursive Aushandlungsprozesse sich hier als räumliche Prozesse komplexer Arrangements von Konsens und Konflikt in Praktiken, Dingen, Akteur*innen, Texten usw. skalar darstellen lassen (Keller 2016; Sommer/Leuenberger/Wetzels, in Vorbereitung).

Um diese Arrangements konzeptuell fassen und empirisch untersuchen zu können, mit dem Begriff der Skalierung. Hierunter verstehen wir, dass Raumausschnitte, wie Stadt- und Grenträume, ihre Plausibilität nicht nur aus ihren eigenen Qualitäten und Logiken ziehen (Löw 2012), sondern auch aus der Abgrenzung zu anderen Raumausschnitten (Löw 2010). Entsprechend wollen wir, um eben dieser Herausforderung der Sichtbarmachung der Skalierung zu begegnen, mit einer diskursanalytischen Perspektive (Keller 2016, 2019) arbeiten und analysieren, wie Wissensordnungen und Materialisierungen von Raumwissen in der Planung die von Reckwitz beschriebenen Kulturalisierungseffekte erzeugt, aber zugleich die Bedeutung dieses spezifischen trinationalen Grenzraumes skalar berücksichtigt werden muss, um zu verstehen, dass der Kampf um Kultur stets auch ein Kampf um Räume darstellt.

Kulturpolitik als kulturelle Bildung in ländlichen Räumen. Zwischen stellvertretender Integration und Konfliktverdeckung

Saskia Bender, Universität Bielefeld

Kulturpolitisches Engagement verknüpft sich gegenwärtig insbesondere mit dem Begriff der Kulturellen Bildung. Diverse öffentliche Richtlinien zielen dementsprechend auf die Förderung von Kultureller Bildung im Zusammenhang z.B. mit der Entwicklung von Schule, Digitalität und in letzter Zeit ländlichen Räumen. Mit diesem edukativen Zugriff auf Kultur werden zugleich ebenso diverse Wirkungshoffnungen verknüpft. Es geht nicht nur um die entlastete Distanznahme zu den Anforderungen der Lebenswirklichkeit im Sinne ästhetischer Erfahrungen, sondern ebenso um die konkrete Teilhabe an Kultur über sprachliche, bewegungsorientierte und soziale bzw. generell entwicklungsorientierte Aspekte (vgl. BMBF o.J.). Anknüpfend an eine daraus resultierende Unbestimmtheit und Diffusität weisen analytische Arbeiten bereits darauf hin, dass Kulturelle Bildung so in die Nähe der Funktion leerer Signifikanten (Laclau 2017) rückt und entsprechend strukturell bestehende Herrschaftsartikulationen des demokratischen Zeitalters (Flügel-Martinsen 2020) stützt (Bender & Lambrecht 2020). Kulturelle Bildung ist also auch in grundsätzlich antagonistischen Verhältnissen (Laclau & Mouffe 2020) situiert.

Der Beitrag präsentiert konkret Ergebnisse aus dem Projekt „Passungsverhältnis Kultureller Bildung zu Kultur(en) in ländlichen Räumen“ (FK01JKL1915A, BMBF). Dies ist Teil des Verbundvorhabens „Passungskonstellationen Kultureller Bildung zu Kultur(en) in ländlichen Räumen im Kontext sozialer Teilhabe“ (PaKKT) an den Universitäten Bielefeld und Leipzig (Bender et al. 2020). Im Teilprojekt wurden Gruppendiskussionen in vier kontrastiven ländlichen Regionen geführt. Im westlichen Süden, in der nördlichen Mitte und im Osten Deutschlands. Es sind jeweils Regionen, in denen Projekte Kultureller Bildung in der öffentlichen Wahrnehmung gelingend durchgeführt werden. Eingeladen waren heterogene Akteur*innen aus den Kulturvereinen und -projekten, Verwaltungsmitarbeiter*innen, aber auch weitere regionale Künstler*innen, Besucher*innen, Bürgermeister*innen, Mitglieder anderer Vereine Mitwirkende und Mitspielende etc. Die Gespräche wurden aufgezeichnet, transkribiert und rekonstruktiv mit der objektiven Hermeneutik (Wernet 2021) ausgewertet.

Die bisherigen Ergebnisse sind aus einer strukturtheoretischen Perspektive deutlich: Kulturelle

Bildung wird in allen Regionen zunächst als nicht-regional und damit als das Fremde und Andere markiert. Die im Rahmen des Teilprojekts zunächst gestellte Frage nach der Passung zwischen Kultureller Bildung und Kultur(en) in ländlichen Räumen muss also strukturrekonstruktiv prinzipiell mit Nicht-Passung beantwortet werden. Es finden sich Formen von klarer Abwehr, kosmetischer Modernisierung und singulärer Distanzierung. Die rekonstruktiven Analysen stützen darüber grundlegende Annahmen der hegemonietheoretischen Arbeiten: das Regionale übernimmt eine Kandidatschaft für Konflikt (Bender, Lambrecht & Rennebach 2022).

Für den Tagungsbeitrag soll am Material diskutiert werden, welche konkreten Konfliktsituationen sich in den unterschiedlichen ländlichen Räumen zeigen und welche Strategien sich zur Aufrechterhaltung des Regionalen sowie zu Ausdehnung spezifischer Formen kultureller Bildung als Repräsentanz hegemonialer Artikulation finden. An welchen Stellen sind diese jeweils erfolgreich und mit welchen Kosten gehen sie einher?

Die Ergebnisse sollen schließlich auf die Frage zugeführt werden, warum sich Kulturelle Bildung zur Ausdehnung der hegemonialen kulturellen Artikulationen des demokratischen Zeitalters in das Regionale hinein eignet. Möglicherweise kolonialisiert gerade der Bezug auf Gleichheit und Freiheit (Rancier 2008) regionale Einflusstrukturen (Loer 2007), indem stellvertretende Integrationen ermöglicht werden. Weiterführend wäre zu überlegen, ob kulturpolitische Aktivitäten über Kulturelle Bildung ihr Verwurzelsein in einer bestimmten Kultur und damit den grundlegenden Antagonismus über jenen genannten Bezug auf Gleichheit und Freiheit bzw. Teilhabe und Gemeinsamkeit strategisch spezifisch unsichtbar machen und dadurch eine Konfliktbearbeitung im Modus der Konflikt-Verdeckung (Bender, Flügel- Martinsen & Vogt: Über die Verdeckung – Projektantrag in Vorbereitung) leisten.

Proprietäre Kommunikationsräume als Herausforderung für das demokratische Konzept kommunikativer Chancengleichheit und medienrechtliche Lösungen

Jan Christopher Kalbhenn | Anna Laura Askanazy, Universität Münster

Die Kommunikation über Online-Plattformen bietet große Chancen für das völkerrechtliche Ziel der kulturellen Vielfalt. Es entstehen neue Angebote und Ausdrucksformen. Über soziale Netzwerke bestehen globale Vernetzungsmöglichkeiten für Individuen aber auch für politische oder aktivistische Projekte auf lokaler Ebene. Die digitalen Kommunikationsräume stehen grundsätzlich allen Menschen offen. Allerdings zeigen sich seit geraumer Zeit negative Auswirkungen der Digitalisierung der Medien und insbesondere der Netz- und Plattformökonomie des Internets einschließlich der sozialen Netzwerke. Das deutsche Bundesverfassungsgericht konstatierte jüngst, dass dies „Konzentrations- und Monopolisierungstendenzen bei Anbietern, Verbreitern und Vermittlern von Inhalten“ begünstige. Es sieht Gefahren für die Meinungsvielfalt durch die algorithmische Content-Moderation: Inhalte werden gezielt auf Interessen und Neigungen der Nutzer*innen zugeschnitten und verstärken gleichgerichtete Meinungen. Zudem wird sie durch die wirtschaftliche Rationalität des Geschäftsmodells bestimmt, die Verweildauer der Nutzer auf den Seiten möglichst zu maximieren. Demokratieschädliche Phänomene in diesen digitalen Kommunikationsräumen sind Hatespeech, Fake News, Echokammern, Filterblasen, Deepfakes und ein insgesamt überkomplexes Informationsaufkommen ohne an journalistische Sorgfaltspflichten gebundene Zwischenaufbereitung. Hatespeech richtet sich oft gegen Minderheiten und marginalisierte Gruppen. Es besteht die Gefahr, dass die dazugehörigen Stimmen im politischen Diskurs nicht auftauchen.

Proprietäre Kommunikationsräume funktionieren nicht nach demokratischen oder gemeinwohlorientierten Regeln. Es gelten die Kommunikationsregeln aus den Allgemeinen Geschäftsbedingungen, die den einseitigen (ökonomischen) Interessen der Plattforminhaber entsprechen. Welche Inhalte und Beiträge große Sichtbarkeit erlangen und im politischen Meinungskampf wahrgenommen werden bestimmt die Content-Moderation der Plattformen. Für monopolartige Online-Plattformen nehmen deutsche Gerichte bereits an, dass diese auch dem Grundrecht der Meinungsfreiheit verpflichtet sind, welches normalerweise „nur“ als Abwehrrecht gegenüber dem Staat gedacht war. Aber nicht nur die Gerichte beschäftigen mittlerweile Fragen von Zugang und Verbleib von Inhalten, Individuen und ganzen Gruppen auf den Kommunikationsplattformen. Auch die Medienpolitik hat reagiert und mit dem Medienstaatsvertrag ein umfassendes Regelwerk umgesetzt, um in der digitalen Infrastruktur kommunikative Chancengleichheit zu erreichen. Zum ersten Mal werden die proprietären Kommunikationsräume dem demokratischen Ordnungsrahmen unterworfen und Pflichten auferlegt, die Meinungsvielfalt fördern sollen. Diese Regeln dienen auch der Europäischen

Kommission als Vorbild für den Digital Services Act, der sich ebenfalls das Ziel setzt, den Grundrechtsschutz in digitalen Räumen zu sichern.

Konkret stellt das Medienrecht eine Reihe von Regelungen bereit, die sich auf den Zugang und Verbleib von Individuen und Gruppen zu den Kommunikationsräumen beziehen sowie eine chancengleiche und nichtdiskriminierende Sichtbarkeit sorgen sollen:

- Transparenzregeln für die Kriterien der algorithmischen Content-Moderation,
- Transparenzregeln für den Zugang zu und den Verbleib in den proprietären Kommunikationsräumen,
- Nichtdiskriminierungsregeln bezüglich Zugang, Verbleib und Moderation,
- Strengere Löschpflichten für strafbaren Hass und Hetze,
- Journalistische Sorgfaltspflichten auf sozialen Netzwerken für publizistische Inhalte,
- Die Pflicht, Public Value Inhalte auf Benutzeroberflächen „leicht auffindbar“ zu machen

Neben diesen regulatorischen Vorstößen der Medienpolitiken gibt es ein eher gestalterisches medien- und kulturpolitisches Projekt zur Schaffung eines am Gemeinwohl orientierten Kommunikationsraums im Digitalen. Dies wird diskutiert als Public Open Space in verschiedenen Zusammenhängen. Als Kulturplattform oder kooperative Medienplattform unter Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.

All diesen Initiativen ist das Ziel gemein, einen Raum zu gestalten, in dem Meinungen und Diskussionen nicht ökonomischer Logik unterworfen sind, sondern dem Prinzip der kommunikativen Chancengleichheit.

16:15 - 16:30 Uhr // 4.15 - 4.30 PM

PAUSE // BREAK

16:30 - 18:30 Uhr // 4.30 - 6.30 PM

PAPER SESSION B (Chair: Friederike Landau-Donnelly)

"Struggling for Local Cultural Democracy" (auf Englisch // in English)

Democratizing cultural institutions. Two tactical approaches

Konstantinos Pittas, University of Cambridge

Cultural institutions are sites that have concentrated collective power, wide acceptance, and valuable social resources; to invoke Gramsci, this is where the construction of 'common sense' takes place. They have the power to legitimise and normalise social values and perspectives, providing the infrastructural base for supporting certain regimes of truth and visibility. However, according to a number of theorists, cultural institutions have succumbed to a post-democratic neoliberal ideology. Museums and cultural institutions might often deploy progressive discourses but seem reluctant to address deeper structural problems. These problems might pertain not only to their organising principles and governance models, but also to their complicity in patterns of artwashing and toxic sponsorship, as well as in structures of inequality, patriarchy, and capitalism.

Echoing a broader crisis of legitimacy that cultural institutions are faced with today, one can evince a recent renaissance of artistic activism in a global context that have set out to democratise museums, institutions, and non-profit organisations. Admittedly, the notion of artistic activism has been explored extensively—albeit through different lenses—by both political theorists and art historians over the last decade. In this respect, drawing on my ethnographic research in the U.S. during 2018-2019, this paper sets out to add another chapter in the long lineage of artistic activism by presenting two remarkable but hitherto underexamined cases of activism in cultural contexts that deploy a variety of strategies, aesthetic tools, and modes of engagement with cultural institutions. The tactics discussed were undertaken by the action-oriented movement Decolonize This Place (DTP), which is being facilitated by the MTL+ collective, and by Not An Alternative (NAA), a collective that works at the intersection of art, activism, and critical theory. By setting these case studies side by side, I establish an instructive dialogue between them, investigating both DTP's actions centred around decolonisation, Black liberation, and Free Palestine, and NAA's most recent work on climate and environmental justice and Indigenous struggles.

I analyse both their overlap and their points of divergence in terms of their politics, methodologies of organising, and creative tactics. By presenting the diversity of tactics that are

deployed, ranging from exhibition design and critical research to creative direct actions, boycotts, and agitational unsanctioned interventions, I showcase how these groups aspire to prefigure alternative models of museum governance in which 'the people' are part of the decision-making processes. Delving into the fine nuances of these two groups' theoretical arsenals and creative tactics, I examine their effectiveness not only in terms of staging antagonisms and conflicts in the here and now, but also in forging alliances with broader social movements and building counter-power infrastructures. Finally, I demonstrate how activist methodologies that address issues of transparency, participation, accountability, and clear ethical guidelines can influence cultural policy and foreground institutional democratic practices that can safeguard the continuous inscription of a multiplicity of social demands.

Service-Entanglements. Organising conditions of artistic work between autonomy and local responsibility

Marthe Nehl, Lund University

This presentation deals with a local artist organisation and local cultural policy in the Swedish city of Malmö. The local cultural policy or so-called *cultural strategy* has been installed in 2014 and was officially valid until 2020. While there is no renewed strategy in place, this document is still an important reference for current work. This cultural policy strategy is a rather compact and comprises five issues and related goal formulations concerning major aspects regarding the cultural organisation of culture and its role in urban and societal development. The following five issues are instrumental in character: 1) the creation of participation and self-determination through artistic forms of expression, 2) increasing urban attractiveness through artistic forms of expression, 3) good conditions for artists and cultural workers, 4) enriching public discourse, and 5) artistic forms of expression are intended to promote creativity and contribute to knowledge production.

In Sweden and its neighbouring countries Finland, Norway and Denmark, cultural policy is a part of the all-encompassing welfare policy and emphasizes democratic values such as access and participation in the production and consumption of cultural activities. The quick role-out of neoliberal means and instruments, particularly in Sweden as David Harvey notices (2005), puts these and other cultural policy goals, its contents as well as responsibilities under pressure (Duelund, 2008). One of those cultural policy aspects under pressure presents the aim to provide good working conditions for artists and cultural workers. Per Mangset (2020) remarks, that the conditions remain precarious, despite the goals' long-term embeddedness in the welfare state policy. Furthermore, more recent evaluations show that the conditions are increasingly becoming more precarious during the pandemic and that especially self-employed and independently working artists continue to struggle.

Against this backdrop, my presentation engages with a locally specific form of artistic collaboration that is formed in around the organising principle of creating good working conditions artists and cultural workers. The organisation *Rehab Kultur* emerged from a studio collective that had to leave its industrial quarter due to extensive urban development measures and is now located in a neighbouring residential area. The cultural strategy introduced above plays a decisive role in for the organisation of *Rehab Kultur* I argue, and leads to process of incremental embedding of *Rehab Kultur* in the neighbourhood. I will further point out and discuss how the cultural strategy encourages local collaborations and a number of complex dependencies with consequences for the artists, that a future strategy would have to consider.

With the example of *Rehab Kultur*, I argue not only that the process of incremental embedding safeguards the space and secures the working conditions in the long(er) term, but that this process of organising raises questions about the artists autonomy. I therefore engage with questions about artistic autonomy, which, despite the increasingly instrumental take on cultural policy, remain central in Swedish cultural policy. What are the implications for artists and their autonomy? How can autonomy be thought of differently through the organisation of *Rehab Kultur*, and instrumental policy in the wider sense?

The availability of affordable spaces is not only a basis for various artistic practices, but a social support structure through which work is organised and jobs are distributed informally. Do social, spatial and financial security of artistic work necessarily contradict each other? With *service-entanglements* I finally suggest a concept that opens up a space for mutual dependencies in cultural organisation and shed light on the negotiations of conditions and services between artists and different local actors with different, but not necessarily incompatible goals.

Tensions between cultural democracy and cultural democratization in the local cultural frame (2015-2019)

Gonzalo Fernández Naves, *Barcelona University*

Considering the research areas of the conference, I would like to propose a brief presentation of my doctoral thesis called Tensions between cultural democracy and cultural democratization in the local cultural frame (2015-2019) that I will defend next December at Barcelona University. The main objectives of my doctoral thesis are, on the one hand, to make a theoretical contribution regarding the historical course and new frameworks of culture and cultural policies and, on the other hand, to analyze the process of paradigm shift in cultural policies in the city of Madrid during the period 2015-2019.

Based on the literature review and interviews with experts, in the first part of the thesis, the theoretical framework of the research is developed through the analysis of concepts and paradigms related to culture and cultural policies, such as cultural industries, participatory governance or cultural commons. In the second part of the thesis an empirical analysis of the research is carried out based upon a methodological triangulation consisting of a documentary analysis, in-depth semi-structured interviews and a survey.

In the empirical part, the tensions generated between the paradigms of cultural democratization and cultural democracy are analyzed, at a local level, based upon experiences during the period 2015-2019 in several Spanish cities under local governments called municipalists. Although the main focus of analysis of the thesis is the city of Madrid, an approach to cultural policy is also carried out in the cities of Barcelona, Zaragoza, A Coruña or Cádiz.

The thesis highlights, in general terms, a *Municipalist Cultural Speech* common to all cities whose objectives were aligned with the paradigm of cultural democracy. In their transfer to political action, the results represented a certain attempt to change cultural policies. The criticisms and disagreements at the external and internal level generated a whole series of tensions that are analyzed in the work and that prevented the implementation of the announced changes with the required depth.

Conflictual (Foreign) Cultural Policy in Democratic Transformation Processes

Meike Lettau, *Universität Hildesheim*

Artists were political actors in the Arab uprisings in Tunisia in 2010/11, shifting art production into the public sphere and developing new ways of expression and artistic formats, thus contributing to democratic development. The Arab uprisings as a historical caesura also opened up new tasks, challenges and opportunities in the field of international cultural cooperation and German foreign cultural and educational policy. The new political situation and the changed local context required a reorientation of the same. Numerous projects were initiated and framework agreements developed at the political level to actively accompany the social transformation process. A special role was ascribed to artists and cultural actors: "Cultural actors are not only seismographs, but also protagonists of social change [translation by the author]" (Becker/Wetzel 2011, p. 2), as the Goethe-Institut claimed. Likewise, local cultural policy has been subjected to a reform process and is caught between old elites and new actors in the cultural scene who demand participation and a say.

In this context, the paper analyzes the roles of cultural policy in the democratization process and the different forms of civil society in the transformation of political regimes: strategic civil society in the liberalization phase, constructive civil society in the transition phase, reflexive civil society in the consolidation phase (Keane, Merkel 2015). The specific roles and possibilities of influence of foreign cultural policy are examined on the basis of three art festivals in public space (Dream City, De Colline en Colline, Interference). Employing Tunisia as a case study, the findings are presented and transferred to more general discourses of cultural policies. The paper answers the following specific research questions:

What are the ideas and ideals behind foreign cultural policy in the context of promoting democratization? What conflicts exist in the (new) roles of intermediary organizations such as the Goethe-Institut from the perspective of Tunisian cultural activists and artists? What is the relationship between representation, co-production and ownership in agonistic (foreign) cultural policy?

The perspectives of cultural activists and artists as civil society groups in political transformation processes have hardly been analyzed scientifically so far. This paper therefore fills a research gap and applies theories of political science to cultural policy studies. The

methodological approach of this paper is an analysis of the perspectives of Tunisian cultural activists in the period from 2014 to 2019, i.e. the study of the attitudes of local cultural actors and artists and their critique. Twenty expert interviews were conducted, based on semi-structured guidelines. Tunisian cultural activists from different professional contexts working in independent initiatives, associations and the Ministry of Culture were interviewed.

18:00 - 18:45 Uhr // 6 - 6.45 PM

Round Up

18:45 - 19:00 Uhr // 6.45 - 7 PM

PAUSE // BREAK

19:00 - 20:15 Uhr // 7 - 8.15 PM

KEYNOTE (Moderation: Oliver Marchart)

"Democratic contestation in urban space: emotions and disruptions" (auf Englisch // in English)

Mustafa Dikeç | Malmö University, Department of Urban Studies

Mustafa Dikeç is Professor of Urban Studies at Malmö University and has been formerly at the École d'urbanisme de Paris (EUP) (Phd University of California, Los Angeles). Between 2006-2013 he was Reader in Human Geography at Royal Holloway, University of London, and taught as a Visiting Professor at Université Paris 1 Panthéon-Sorbonne (2008-2009) and at Université Jean Monnet, Saint-Etienne (2012-2013). Focusing his research on the themes space and politics, urban uprisings, and temporal infrastructures in cities, he has published several books: *Badlands of the Republic: Space, Politics, and Urban Policy* (2007, Blackwell), *Space, Politics and Aesthetics* (2015, Edinburgh University Press) and *Urban Rage: The Revolt of the Excluded* (2017, Yale University Press). Further, he is editor of the International Journal of Urban and Regional Research (IJURR).

SAMSTAG, 29. JANUAR 2022 // SATURDAY, 29 JANUARY 2022

09:30 - 11:30 Uhr // 9.30 - 11.30 AM

PAPER SESSION C (Chair: Stefanie Fridrik)

"Kunst, Kritik und Öffentlichkeit" // "Art, Criticism and the Public"

Mind the space. Unabhängige Kunsträume als Teil einer (radikal-)demokratischen Stadtplanung
Barbara Schneider, Universität für Angewandte Kunst Wien

Die Anzahl unabhängiger Ausstellungsräume in Wien wächst stetig. Offspaces, Kunstvereine, Projekträume, Alternative Spaces – so verschieden die Bezeichnungen sind, so vielfältig sind auch ihre Programme. Sie experimentieren mit Ausstellungsformen, arbeiten in flachen Organisationsformen, bilden Allianzen und bieten einen (vermeintlichen) niederschweligen Zugang zu Kunst. Als Gegenräume zu etablierten Kunstinstitutionen sind sie ein fester Bestandteil des urbanen Raumes und gewinnen innerhalb des Kunstbetriebes und in der Stadtentwicklung zunehmend an Bedeutung. In der laufenden Forschungsarbeit sollen die Vorgehensweisen dieser unabhängigen Räume in Hinblick auf bestehende Theorien zur radikalen Demokratie, Raum und Öffentlichkeit genauer untersucht und anhand mehrerer Ausstellungsräume/Kollektive in Wien exemplarisch analysiert werden. Das Konzept der ausgewählten Räume reicht über das Ausstellen von Kunst hinaus, mit kulturellen Veranstaltungen und Workshops in Kollaborationen mit anderen Akteur*innen wird ein sozialer Raum in der Stadt geschaffen. Gesellschaftspolitische Fragestellungen und Konflikte werden aufgegriffen und zum Teil des Programmes. Welche Funktion können diese Ausstellungsräume im Diskurs um mögliche (radikal-)demokratische Strategien einnehmen?

Zudem soll aufgezeigt werden, welche Machtverhältnisse die Praktiken unabhängiger Kunsträume begrenzen und der Zusammenhang zu städtischen Aufwertungsprozessen aufgezeigt werden. Wie können herrschende Machtverhältnisse im öffentlichen (Stadt-)Raum aufgebrochen und verschoben werden? Wie können die hier angewendeten Praktiken als Anstoß dienen, über zukünftige kulturpolitische Maßnahmen nachzudenken?

Der Umgang mit Wissenssystemen. Eine radikaldemokratische Auseinandersetzung?

Ivana Pilić | Gwendolin Dominica Lehnerer, Universität Mozarteum Salzburg

Ivana Pilić und Gwendolin Domenica Lehnerer loten in ihrem Beitrag das Spannungsfeld von verbindendem Gefüge und Antagonismus durch unterschiedliche Wissenskulturen in kuratorischen Anordnungen aus, die eine relationale Differenz, eine geteilte Verschiedenheit als Ausgangspunkt ihrer Arbeit(en) nehmen. Dabei interessiert vor allem die Frage, wie gerade marginalisiertes und implizites Wissen im kuratorischen Prozess und in der Darstellung explizit einfließen kann: Eine Auseinandersetzung über mögliche Experimentalanordnungen von transdisziplinären Bausteinen also, bei der es sich um einen angemessenen Umgang mit diesem Wissen handelt. Dafür interessiert konkret zweierlei: Erstens, welche Bedingungen und Parameter in der Etablierung von Wissen müssen erweitert werden, um Raum für ‚minorisierte‘ und von (bildungsbezogenen sozialen, ökonomischen etc.) Ausschlüssen betroffene Personen zu schaffen. Zweitens, wie lässt sich methodisch und konzeptuell vorgehen, um hierarchische Anordnungen in der Wissensdarstellung zu unterlaufen. Welche Handlungsstrategien gibt es also, die beispielsweise im kuratorischen Prozess beachtet werden müssen. Wie können hier auch disziplinäre Grenzen aufgebrochen bzw. erweitert und für andere Wissenskulturen geöffnet werden.

Diese Fragen erwachsen aus der Dringlichkeit und dem Begehren „mit verschiedenen Stimmen zu arbeiten und durch andere Positionen zu denken (Bempeza et. al: 2019)“. Dabei gilt es auch, die eigene Situierung und Diszipliniertheit in ihrer Gewissheit und Selbstisolation zu stören. Der Beitrag problematisiert daher anhand ausgewählter Fallbeispiele aus der kuratorischen Praxis, wie Differenzpraktiken zugunsten divergierender Gefüge abgelöst und ein radikaldemokratisches, vielstimmiges Setting evoziert werden kann.

Gerechtes Gedächtnis und Repräsentation von Gewalt im öffentlichen Raum – Berlin

Irene Breuer, Bergische Universität Wuppertal

The question of violence and space is an obvious one. So obvious, in fact, that it is usually ignored. The very horror of unforgettable events like a genocide as the Holocaust or the splitting of families through the erection of ‘the Wall’ produce a kind of silence, a loud silence that reveals the shock and the impossibility of verbalisation. Visibly violent events threaten to overwhelm discourse, literally rendering us speechless, until they can be reassuringly isolated from everyday life. Each discourse depends on its capacity to frame violence off. Once framed, it can be described in phenomenological terms, take the form of a narrative and be represented by an artistic form. Even though the less visible rhythms of violence, be it domestic, racist, sexualised, or other, are much more threatening because they cannot be properly isolated, constituting thus the places of everyday life, there are other forms of physical violence like murder, torture, annihilation among others that are obliterated by becoming institutionalised and the object of public commemoration. Acts of violence develop in relation to place; it is almost always about forcing open a place, transgressing its limits or violating its laws. The infinitude, the sheer incommensurability of violence breaks every limit. It breaks with the possibility of speech.

The representation of violence takes place in space, so that there is no space without violence and in the end, no violence that is not spatial. Acts of violence develop in relation to space: political and social struggle develop in places. Techniques of spatial occupation, of territorial mapping, of invasion and surveillance are seen as the instruments of social and individual control. It is fundamentally both a question of setting limits as well as denying and occluding limit claims. Hence, if acts of violence develop in relation to place and involve the erection of limits, every significant place is a scene of history, so that its limits embrace presence and sense. As such, it is the life-worldly home of memory. Monuments as symbolic media give us access to the temporal drama of our existence, i.e. to our own past, through the work of commemoration. Commemoration is dependent upon the possibility of a reflection on the structures of a lived history that is essentially linked to a collective future. This fundamentally applies to architecture: When architecture limits itself to reproduce literally and naively a past givenness, it cannot but assume the role of a necrologist, who recollects a past already closed in itself.

History with the character of “having been” stands in a dialectical relationship to the future, as Ricoeur claims, and can only be read out of the answers responding to the effects that past events have on us. This implies in our context that architecture should acknowledge the role the tension between memory and history, between past and future, plays in the construction of collective spaces of experience, which are always related to identity issues. In this article, I will

retrieve the bodily affective dimension of the phenomenon of place memory in instances of public commemoration and refer them to the narrative work not only of memorials, but of public space in Berlin, i.e. to the cultural-political strategies underlying the territorial mapping applied to Berlin after the 'Fall of the Wall'. The different strategies applied to Berlin, insofar as they concern the 'occupation' of the void left by the tumbling down of 'the Wall', the erection of Holocaust memorials and the literal imitation of the Berliner Schloss by the Humboldt Forum are paradigmatic exemplifications of the different uses of memory in instances of the public commemoration of violence.

Street | Art | Democracy. StreetArt als Zugangsform zu historisch-politischer Bildung

Theresa Hertrich | Jan Krawczyk, Universität Hamburg

Murals, Graffiti, Paste Ups, Stencils, Sticker: StreetArt zeigt sich in verschiedenen Ausdrucksformen im öffentlichen Raum. Sie ist zugleich aber auch vergänglich: was wir heute entdecken, kann morgen schon wieder weg sein. StreetArt kann Geschichte(n) erzählen und ganz persönliche Botschaften in der Öffentlichkeit sichtbar werden lassen. Diese können von biografischen Bezügen über historisch-politische Inhalte bis hin zu kritischen Positionierungen reichen.

StreetArt und vor allem Graffiti haben bis dato durchaus einen Platz in Bildungsangeboten gefunden. Selbst sprayen und damit die eigenen Positionen sichtbar zu machen, wird häufig als Empowerment- und Teilhabetool für Jugendliche in außerschulischer Bildungsarbeit angewendet. Im Rahmen dieser gestalterisch orientierten Vermittlungsform werden somit Zugänge zu Jugendlichen geschaffen.

Mit unserem Projekt Street | Art | Democracy wählen wir einen anders gelagerten Schwerpunkt. Das übergeordnete Ziel des Projektes ist es, Menschen dazu zu befähigen, StreetArt historisch kontextualisieren und im Sinne einer analytischen Geschichtssortenkompetenz einordnen zu können. Wir versuchen somit, mögliche Verflechtungen von StreetArt, Geschichte(n) und Politik(en) aufzudecken und didaktisch aufzuarbeiten.

Wir verstehen StreetArt im Kontext der Praktiken des Geschichtemachens (Doing History) als Geschichtssorte (vgl. Logge 2018), durch die Geschichte im öffentlichen Raum verhandelt wird: aber was wird verhandelt und vor allem von bzw. mit wem? Welche Künstler*innen beschäftigen sich explizit mit historisch-politischen Inhalten und warum? Also breiter gefasst: Welche Ereignisse und (ikonographischen) Momente werden im kommunikativen Gedächtnis festgehalten und finden so Eingang in Aushandlungsprozesse?

Kommunikation an öffentlichen (Nicht-) Orten kann auch durch StreetArt und ihre teilweise ganz eigenen Kommunikationscodes erfolgen. Sie kann ein weites Feld an Fragen eröffnen und zugleich Türöffner für Diskussionen sein:

- Gehört Kunst (?) in den öffentlichen Raum und wem gehört sie dann?
- Welche (kulturellen) Konflikte im Stadtraum werden in oder durch StreetArt sichtbar?
- Wie demokratisch kann StreetArt überhaupt sein?

Im Projekt wollen wir uns mit diesen und weiteren Fragen explorativ auseinandersetzen. Gemeinsam mit Jugendlichen gehen wir in unseren Workshops auf Spurensuche im urbanen Raum. Wir erproben dabei verschiedene didaktische Herangehensweisen wie forschend-entdeckenden Lernen, mit denen wir Jugendliche einladen und empowern, eigene Themen in StreetArt zu sehen oder wiederzufinden und historisch-politisch zu kontextualisieren. Dabei sind macht- und rassismuskritische Perspektiven auf und mit StreetArt von zentraler Bedeutung.

Im Projekt bedienen wir uns dabei verschiedener Mappingstrategien auf drei Ebenen:

1. Wir stellen eine **Crowdsourcing Plattform** bereit, die im Sinne eines Citizen Science Projektes Menschen dazu einlädt, eigene Fotos von StreetArt hochzuladen und diese historisch-politisch kontextualisiert zu wissen. Langfristig entsteht so eine **Kartierung und Verortung von StreetArt** im öffentlichen Raum.
2. Wir erproben und evaluieren **Mapping als didaktisches Prinzip** konstruktivistischer Bildungsprozesse in unseren Workshops.
3. Wir streben eine **Netzwerk interdisziplinärer Zusammenarbeit** verschiedener Akteur:innen an.

Mit unserem Vortrag wollen wir einen Einblick in unsere Projektarbeit geben. Dabei soll die grundlegende Frage im Zentrum stehen, inwieweit StreetArt wirklich einen empowernden Charakter haben kann und vor allem für wen: welche Rolle spielt StreetArt bei Jugendlichen und

welche Zuschreibungen und Machtfragen sollten dabei in einem pädagogischem Setting reflektiert werden? Überspitzt formuliert: Who are we to judge?! Wann ist StreetArt als Zugangsform zu historisch-politischen Inhalten „lebensweltlich“ oder „niedrigschwellig“ und was wird Jugendlichen dabei zugeschrieben? Wir wollen den Raum für eine erste Zwischenevaluation öffnen, um gemeinsam über die bis dato durchgeführten Workshops zu diskutieren und somit die Chancen und Grenzen von StreetArt als Zugangsform zu historisch-politischer Bildung auszuloten.

11:30 - 11:45 Uhr // 11.30 - 11.45 AM

PAUSE // BREAK

11:45 - 13:45 Uhr // 11.45 AM - 1.45 PM

PAPER SESSION D (Chair: Oliver Marchart)

"Konfliktuelle Theorien der Kulturpolitik" // "Conflictual Theories of Cultural Politics"

Kulturelle Gegenhegemonien. Grenzen und Herausforderungen radikaldemokratischer Kulturpolitik

Lucas von Ramin, Technische Universität Dresden

Bereits 1959 hatte Hannah Arendt in ihrem Aufsatz *Kultur und Politik* auf das eigentümliche Spannungsverhältnis beider titelgebender Sphären hingewiesen. Nach ihrer Beschreibung war besonders in der Antike eine Skepsis gegenüber dem Bereich der Kultur prägend, weil sich die Herstellung von Kultwerten gegen den Aushandlungsprozess von Politik richtete: Kulturproduktion hat instrumentellen Charakter und verallgemeinert notwendig Maßstäbe der Beurteilung (Arendt 2016, 291). Kulturpolitik in diesem Sinn trägt den Beigeschmack der traditionellen Pflege und des Konservatismus, wie sich bis heute in erinnerungspolitischen Initiativen, wie Debatten um den Erhalt von Denkmälern spiegelt.

Mittlerweile scheint sich die Vorstellung von Kultur, als Mittel zur bewahrenden Verstetigung von Politik, gewandelt zu haben. Wenn Opern und Schauspielhäuser ihre Fassaden mit politischen Botschaften beleuchten oder das *Zentrum für Politische Schönheit* Millionen Flyer der AfD in einem Kunstprojekt vernichtet, dann ist die „Kultur“ jener Raum in dem (radikal)demokratische Werte verteidigt werden, indem es zu einer kritischen Befragung von Politik kommt. Der Bereich des Ästhetischen, so ließe sich ein philosophisches Verständnis zusammenfassen, hat Selbstzweckcharakter und kann gerade deswegen nicht für die Verstetigung von Politik instrumentalisiert werden.

Besonders mit *radikaldemokratischen Theorien* kann auf den Mehrwert ästhetischer Praxis verwiesen werden. Einerseits trage Kultur zu einer Öffnung und Kritik von Selbstverständlichkeiten bei. Nach Rancière ermöglicht das Ästhetische eine Verschiebung der „Aufteilung des Sinnlichen“ (Rancière 2008), dem unser Handeln bestimmenden Wahrnehmungsraum. Andererseits thematisieren Kunst und Kultur gesellschaftliche Konflikte, indem sie Alternativen zur hegemonialen Ordnung erkennen lassen (Vgl. Mouffe 2014).

Die binäre Gegenüberstellung von Kultur als Bewahrerin und Kultur als Verschiebung und Vervielfältigung hat jedoch ihre Grenzen. Nicht nur, dass neurechte Gruppierungen gezielt öffentlich und mit politischen Mitteln gegen Theater, Museen etc. vorgehen. Sie bedienen sich auch der angedeuteten Praxis der Verschiebung von Selbstverständlichkeiten gegen die in ihrem Selbstverständnis hegemoniale Ordnung, beispielsweise im Kontext sozialer Medien oder öffentlichen Protestaktionen. Es gilt folgend zu fragen, wie eine konfliktuelle Kulturpolitik im Kontext radikaldemokratischer Theoriebildung zu verstehen ist und wo ihre Grenzen liegen. Der Vortrag wird sich deshalb drei Fragestellungen widmen.

Erstens wird diskutiert, wie ein radikaldemokratisches Konzept von Kulturpolitik damit umgeht, Kultur als konfliktuell und pluralisierend zu begreifen und dennoch einen emanzipatorischen und entscheidender solidarischen Mehrwert in ihr zu sehen. Die These lautet, dass Kultur nicht als feste Substanz, sondern als Praktik und Sensibilisierungsorgan, als »Kultur ohne Zentrum« gedacht werden muss. Neben der konfliktuellen Auslegung wird radikaldemokratischen Ästhetik deshalb ein *kathartischer Effekt* zugeschrieben.

Zweitens, anhand rechtspopulistischer Formen einer aufmerksamkeitsökonomischen Darstellung und Verbreitung ihrer politischen Botschaften gilt zu diskutieren, wann das konfliktuelle Verständnis an Grenzen gerät. Einerseits lassen sich rechte, kulturpolitische Interventionen als konfliktuell verstehen, andererseits wird die rechtspopulistische Praxis von radikaldemokratischer Praxis abgegrenzt. Unter dem Begriff einer *Ästhetisierung des Politischen* wird die Dominanz

performativer Praxen kritisiert, die, so Arendt von „Erregbarkeit und Haltlosigkeit [lebt], [...] bei [gleichzeitig] völliger Unfähigkeit, Qualitäten zu beurteilen oder auch nur zu unterscheiden.“ (Arendt 2016, 278) Zudem ist zu klären, ob überhaupt bei diesen Beispielen von konfliktueller Kulturpolitik zu sprechen ist, oder ob sie den Status quo nur öffentlich machen und reproduzieren.

Drittens, ist es deshalb notwendig den Dualismus von konfliktueller und bewahrender Kulturpolitik aufzubrechen. So wie Kultur nicht von selbst politisch ist (Marchart 2019, 13), ist auch konfliktuelle Kulturpolitik nicht von selbst (radikal)demokratisch. Zu untersuchen ist deshalb abschließend, welche Rolle eine aktivistische Kulturpolitik im Hinblick auf Demokratieentwicklung spielt.

Zur (kulturpolitischen) Frage des Erscheinens bei Rancière und Spivak

Simon Clemens

Kulturpolitische Praktiken nehmen Einfluss darauf, welche Themen präsent, welche Stimmen gehörte oder was sichtbar ist. Vor diesem Hintergrund möchte ich die ‚Frage des Erscheinens‘ als kulturpolitisches Konfliktfeld ausweisen. Derartige Fragen spielen insbesondere im Feld poststrukturalistischer Theoriebildung eine dominante Rolle, wobei die Bezugnahmen heterogen sind. Rancière bspw. spricht von einer „Ordnung des Sichtbaren und des Sagbaren“ (Rancière 2018, 41) oder „des Sinnlichen“ (Rancière 2000, 25), die Handlungs- und Denkschemata vermittelt durch Normen und Gewohnheiten prägt. Diese Überlegungen zum (Nicht-)Erscheinen verweisen auf eine ästhetische Dimension von Politik, „insofern sie bestimmt, was der sinnlichen Erfahrung überhaupt gegeben ist“ (ebd., 26). Die Ordnung legt ein geteiltes Gemeinsames fest und bestimmt, welche Teile exklusiv bleiben. Flügel-Martinsen (2016, 212) sieht hierin die (gebrochene) „sozialontologische These [...], dass Politik, Kunst und Wissen Modi der Weltkonstitution sind“. In Politik manifestiert sich ein Konflikt darüber, welche Gegenstände dem Raum der gemeinsamen Angelegenheiten angehören bzw. nicht angehören, „welche Subjekte daran teilhaben und welche nicht“ (Rancière 2000, 77).

Dem gegenüber wirft Spivak (2010) die Frage auf, ob das subalterne Subjekt überhaupt sprechen – oder erscheinen – kann. In der Beschäftigung mit Foucault und Deleuze argumentiert sie, dass die französischen Intellektuellen die Subalterne als souveränes Subjekt artikulieren, das seine Interessen kennt und für sich sprechen kann (ebd., 241). Dabei übersehen sie ihre Einbindung in hegemoniale Strukturen, wie die internationale Arbeitsteilung oder Wissensproduktion (ebd., 238; 242). Die Position der Intellektuellen erscheint als transparentes Medium für das subalterne Bewusstsein, womit sie ihre eigene Macht und Komplizenschaft in diesen Systemen verschleiern, und die Konstitution des (nichtwestlichen) Anderen unkenntlich machen (ebd., 239; 249). Cornell (2010, 103) fasst dies dahingehend, dass die Konstitution des Anderen ein „idealized self-shadow“ ist. Der Schatten werde, was die Intellektuellen begehren, aber unfähig sind zu sein, da sie lediglich repräsentieren können. Das Sprechen vom souveränen subalternen Subjekt ist somit selbst eine Repräsentation, „and one that dangerously erases the representer and with it his role in the very definition of direct action“ (ebd.). Laut Spivak fällt Marxens Unterscheidung von Vertreten, d.h. sprechen für, und Darstellen, d.h. sprechen von, bei Deleuze und Foucault zusammen (Spivak 2010, 243). Dies bringt zum Ausdruck, „that beyond both is where oppressed subjects speak, act, and know for themselves“ (ebd. 244). Deleuze und Foucault etablieren ein „self-identical, subject of the oppressed“ und bringen so ihre eigene Position zum Verschwinden (ebd., 248).

Im Anschluss an die Überlegungen von Rancière und Spivak möchte ich drei Aspekte herausarbeiten, die für das kulturpolitische Feld von Relevanz sind. *Erstens* argumentieren beide, dass Kategorien, Praktiken und Diskursen eine Ungleichheit hervorbringende bzw. performative Macht zugrunde liegen. Ungleichheit nicht zu reproduzieren ist mit einer verstärkten Zuwendung zur *agency* der Subjekte verbunden, die das Ziel von kulturpolitischen Praktiken sind oder für die gesprochen werden soll. Die Möglichkeit zu handeln (oder nicht handeln zu können) muss zum Ausgangspunkt dieser Praktiken werden. *Zweitens* markieren beide ein Phänomen, dass ich als epistemische Exklusion fassen möchte. Die Fallstricke dieser nicht-relationalen Ungleichheitskonzeption gilt es zu konturieren und für eine egalitäre und emanzipatorische Kulturpolitik zu berücksichtigen. *Drittens* möchte ich das Erscheinen selbst als Kampfplatz markieren, der für kulturpolitische Praktiken von Relevanz ist. Entgegen einer Konzeption eines ‚Kampfes um Anerkennung‘ bleibt einer um Sichtbarkeit häufig jedoch aus, da eine gemeinsame Welt fehlt, die als Kampfplatz dienen könnte.

Die kulturpolitische Debatte der Jahre 2020 und 2021 war geprägt durch die wiederholte Skandalisierung von „Cancel Culture“, die zu einer Einschränkung der Kunstfreiheit führe. Im Vortrag analysiere ich diese Debattenlage aus einer radikaldemokratischen Perspektive. Radikale Demokratietheorie hilft dabei, erstens den strategischen Missbrauch des Konzepts der Kunstfreiheit durch konservative Identitätspolitik-Kritiker_innen zu analysieren und zweitens die Frage, wie der Kunst- und Kulturbetrieb demokratisiert und diversifiziert werden könnte, als eine demokratietheoretische Spannung zwischen normativer Neutralität und faktischer Partikularität der Kulturinstitutionen zu begreifen.

Ad 1. In den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um Sexismus, Rassismus und Transphobie sind die Kunst- und Meinungsfreiheit zu zentralen Argumente – oder besser: Waffen – des konservativen politischen Projekts geworden, mit dem emanzipative Änderungen abgewehrt werden (s. auch Schubert, in: Leviathan, 48 (1), S. 29–51). Dieser machtpolitische Missbrauch muss klar von der grundrechtlichen Dimension unterschieden werden. Dafür ist zwischen drei Ebenen Kunstfreiheit zu differenzieren: im nichtstaatlichen, parastaatlichen und staatlichen Bereich. Die Neuregelungen von Diskurs, Kultur und Kunst durch „Politische Korrektheit“, „Cancel Culture“ oder „Identitätspolitik“ bedeuten nicht den Zerfall der Kunstfreiheit, sondern sind ein Schritt in Richtung ihrer vollständigeren Realisierung. In den meisten Fällen, in denen die Einschränkung der Kunst- und Meinungsfreiheit von konservativer Seite kritisiert wird, gibt es sie gar nicht. Die Kunst- und Meinungsfreiheit sind in erster Linie Abwehrrechte gegen den Staat. Der Staat tritt aber als Akteur bei den meisten aktuellen Auseinandersetzungen um Kunstfreiheit gar nicht auf. Das Übermalen sexistischer Hochschulfassadengedichte, Rassismuskritik am Altherrenkabarett, oder Boykott transfeindlicher Autor_innen – in all diesen Fällen gibt es keine staatliche Intervention und Kontrolle. Was es allerdings gibt, ist Regulierung und Normierung, und damit: Macht. Die genannten Phänomene sind Teil von emanzipativen Neuregelungen der herrschenden Normen mit dem Ziel einer weniger sexistischen, rassistischen und heteronormativen Gesellschaft. Der Fehler des Arguments für Kunstfreiheit ist die implizite Forderung, dass Macht in der Kunst keine Rolle spielen sollte. Dabei wird ausgeblendet, dass die Kunst immer schon von Macht durchzogen ist, weil in ihr gesellschaftliche Normen reproduziert und verhandelt werden. Wenn nun emanzipative Bewegungen versuchen, die Normen der Kunst politisch zu ändern, dann verändert sich damit nicht die Regelungsintensität und Machtdurchzogenheit der Kunst.

Ad 2. Die Kunstfreiheit wird auch in Bezug auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk und die staatliche Kulturförderung diskutiert und hier liegt die Sache komplizierter. Der zentrale Unterschied zum nichtstaatlichen Bereich ist, dass es in den öffentlich-rechtlichen Medien und der staatlichen Kulturförderung ein Neutralitäts- und Pluralismusgebot gibt. Dieses Gebot ist einerseits demokratietheoretisch sinnvoll, weil so der freie Diskurs und die freie Entfaltung der Kunst gesichert werden kann. Wenn hier systematisch nur bestimmte Positionen Gehör und Unterstützung finden würden, könnte wegen der enormen Wichtigkeit des parastaatlichen Bereichs für Öffentlichkeit und Kultur dann auch materiell von einer Einschränkung der Kunst- und Meinungsfreiheit gesprochen werden. Nun hat andererseits die emanzipative Gesellschaftskritik das Ziel, neue allgemeine Normen im Bereich des öffentlichen Rundfunks und der Kunstförderung durchzusetzen. Die zielen zwar darauf ab, das Verständnis der Neutralität und Pluralität so umzugestalten, dass es inklusiver und pluraler wird. Dennoch sieht es auf den ersten Blick so aus, als müsste eine solche Politisierung des parastaatlichen Bereichs mit Verweis auf das Neutralitätsgebot und die Kunstfreiheit abgelehnt werden. Doch für eine solche Politisierung der parastaatlichen Institutionen kann auch demokratietheoretisch argumentiert werden. Weil die aktuelle Realisierung der Demokratie unvollendet und ausschließend ist, gibt es viele Überlegungen dazu, wie die politischen und rechtlichen Institutionen so reformiert werden können, dass sie systematisch Privilegienstrukturen aufbrechen. Der demokratische Fortschritt würde so auch intern, durch die Institutionen, und nicht nur durch äußeren gesellschaftlichen Druck forciert. Die radikale Demokratietheorie ist besonders geeignet, das mit diesem Projekt verbundene notwendige Oszillieren zwischen einer machtpolitischen Perspektive des Inklusionskampfes minorisierter Gruppen und der Pluralitätsperspektive (staatlicher) kunstpolitischer Institutionen zu verstehen. In Anlehnung an den in der feministischen Standpunkttheorie entwickelten Begriff der „starken Objektivität“ schlage ich einen neuen, starken Begriff von Kunstfreiheit vor, der eine diverse Kulturpolitik ermöglicht, ohne dabei rein partikularistisch und paternalistisch zu verfahren.

Unsafe Spaces? Für die Erhaltung von Konfliktkultur im Feld der Literatur

Thomas Ballhausen, Universität Mozarteum Salzburg

Im vorgeschlagenen Vortrag/Buchbeitrag wird ausgehend vom Feld der Literatur, der Beschreibung bzw. Beschreibbarkeit ihrer Gegenwart und der entsprechenden Akteur*innen (z.B. Carolin Amlinger) für die Erhaltung von Konfliktkultur eingetreten. Unter Bezugnahme auf den Begriff der „Kritik“ –der wie Literatur an sich Ausverhandlungsprozessen und technologischen Strukturverschiebungen in den Bereichen Produktion/Distribution/Rezeption unterworfen ist – soll von gut belegten Debatten rund um Valenzen bzw. Funktionen von „Literaturkritik“ (z.B. Moritz Baßler) der erneut notwendig gewordene Schritt zur Untersuchung und Herausarbeitung der Wertigkeit der „Kritik der Literatur“ gemacht werden. Gedanklicher Ausgangspunkt für die vorgeschlagenen Überlegungen ist dabei die unbedingte Erhaltung von kritischem Diskurs und dem Austragen bzw. Aushalten von Konflikten bzw. Uneinigkeiten als Teil eines unaufhörlichen Prozesses, der auf Vorvereinbarungen reflektiert (z.B. Legitimität der Akteur*innen, verwendete Terminologie, Ansinnen tatsächlich kritizistischer Durchdringung der Untersuchungsobjekte, definierte als auch neu zu findende Arenen eben dieses Diskurses usw.) und auch innerhalb der Literatur von Friedrich Schiller bis Mark Fisher (eben: als Traditionslinie einer Erhaltung des Antagonistischen) nachweisbar geblieben ist. Damit wird eine produktive Absetzung von autoritären Ausprägungen gegenwärtiger Identitätspolitik zwingend und auch fassbar, die in Bezug auf das Feld der Literatur auf fragwürdige Diskursunterdrückung und Konfliktverunmöglichung, marktorientierte biografische Haftungen und moralische Einhegungen setzen – und eben nicht (mehr) auf die Verhandlung literarischer Qualitäten, ästhetischer Strategien oder einer gesamtgesellschaftlichen Wirksamkeit der Künste. Horizont der vorgeschlagenen Überlegungen ist nicht zuletzt deshalb die Besinnung auf den auch raumtheoretisch fassbaren Begriff „feral“, um (Gegenwarts-) Literatur selbst in den „safe spaces“ wieder im Sinne ihrer Möglichkeiten und nicht im Sinne ihrer Dienstbarkeit denkbar und verhandelbar zu machen.

13:45 - 15:00 Uhr // 1.45 - 3 PM

MITTAGSPAUSE // LUNCH BREAK

15:00 - 17:00 Uhr // 3 - 5 PM

PAPER SESSION E (Chair: Friederike Landau-Donnelly)

"Kulturpolitischer Aktivismus" // "Cultural Political Activism"

Versammlungskulturen unter Druck. Kulturpolitische Antworten auf die durch COVID-19 ausgelösten Krisen der unabhängigen queeren Klubkulturen in Wien und Budapest 2020-21

Andreas Mittermayr, Universität Wien

The COVID-19 induced crises in the independent queer club night organisation sector has lead to a re-antagonisation and re-politicisation in the respective platforms across Europe as on the one hand, the potential cultural status of nightlife has transformed into a question of economic survival and on the other hand, radicalised political conservative movements in Central Europe have used a legislative state of emergency to re-criminalise and silence the existence of LGBTQIA+ people. Concurrently, there is a Europe-wide debate about successful fights for the political acknowledgement of the cultural status of club nights, and the term club-culture has become widely used in media outlets. It is in said context that this paper explores cultural policy responses on the state and local level to the existential crises of the scenes due to the COVID-19 induced closures of club spaces. In the context of the rapid gentrification of European inner cities, the status of countercultural and emancipative queer platforms remains disputed and stands at the crossroad of a set of political and economic interests. By bringing together qualitative and theoretical methodological approaches, this paper elaborates and analysis the impact of the pandemic on emancipative strategies and formats in the queer sector by elucidating the policy processes and debates that have taken place in the past one and a half years. So as to answer this research question, this paper launches a first attempt at framing the conflictual encounter of the selfascription club night organisers and the perspectives chosen by cultural policymakers. The club night organisers in both cities define themselves by a regulation of the practices of assembly in comparison to conventional club spaces, furthermore by their social and political positioning, their queer audience and the live performance of the DJ's. In Vienna, funding schemes established by stakeholders in the field of cultural policy are prone to be based

on misunderstandings of the cultural processes at play in the organisation of club nights and tend to direct cultural funding towards the gastronomic infrastructure of nightlife. Furthermore, funding schemes result in the increased media visibility of self-defined underground cultures. In the case of Budapest, queer club night organisers are navigating a highly antagonised political playing field and have received fundamental support from local state administration by virtue of co-sponsorship of new inner-city club spaces. At the same time, the enactment of artistic practises on a social level is a characteristic of scenes in both cities, while the embracing of local traditional culture and the structural opening towards mainstream society is an effect unique to the pandemic in the scene of Budapest. The paper ends by bringing in conversation the experiences of the scenes in both capitals and thereby enables the inclusion of both periods and places in legislative policy cycles and political debates across the European Union.

Performative Kulturpolitik. Politische Transformationen des Kulturbetriebs im Rahmen aktivistischer Kunstpraktiken

Marie Rosenkranz, Humboldt-Universität zu Berlin

Im vergangenen Jahrzehnt ist künstlerischer Aktivismus zur Normalität geworden. Als performative Beiträge zur historischen Debatte um die Autonomie der Kunst, stellen aktivistische Projekte nicht die gegenwärtige Existenz, sondern die Zukunft der „spontane(n) Ideologie des Kunstfelds“ in Frage. Eine Facette, der künstlerischen Aktivismus als „künstlerisch“ ausweist, ist häufig der Rückbezug aktivistischer Praxis auf die machtvollen Politiken der Kunst. So gibt es zahlreiche Projekte, die die Finanzierungsquellen von Kunstinstitutionen, Arbeitsbedingungen, Diversität, aber auch die Enge Verwebung von musealer Praxis mit der Kolonialgeschichte kritisch adressieren.

In dem Bewusstsein, dass das gängige Verständnis von „Kulturpolitik“ eher die staatliche Förderung dieser Institutionen umfasst, möchte ich in meinem Beitrag dennoch die von der aktivistischen, insbesondere institutionskritischen Kunst *selbst betriebene Kulturpolitik* in den Blick nehmen. Ein wichtiger Vorläufer dieser Praxis sind Beispiel der *institutional critique* – allen voran Andrea Fraser und Hans Haacke – sowie eher zeitgenössische Verfahren der „instituiierenden Praxis“⁶, bei der temporäre Institutionen ins Leben gerufen werden, um Alternativen zu hegemonialen Institutionsformen zu erproben. Beliebte Beispiele sind hier z.B. die Inszenierung von Bildungsinstitutionen wie bei Tania Bruguera's School of Integration, der McDonald's Radio University oder auch der Berliner Floating University.

Die zentrale Frage meines Beitrags lautet: Wie beteiligen sich aktivistische Kunstprojekte, insbesondere Beispiele „instituiender Praxis“ an der politischen Transformation des Kulturbetriebs? Durch die Analyse einiger aktueller Beispiele soll sich so an die Merkmale einer eigenen, performativen Kulturpolitik der aktivistischen Kunst angenähert werden. Die historische „Institutional Critique“ bietet dabei einen Kontrasthintergrund, vor dem Brüche und Kontinuitäten zur heutigen Praxis diskutiert werden sollen.

Im Rahmen des Projekts AGONART rückt zweitens eine theoretische Frage in den Vordergrund, die das Verhältnis dieser Praktiken zu künstlerischen Institutionen betrifft. Chantal Mouffe plädierte recht einflussreich für eine „Auseinandersetzung“ mit Institutionen, anstatt eines „Exodus“. Wie verhalten sich instituiierende Praktiken zu dieser Differenz? Wie wird diese womöglich infrage gestellt und was bedeutet das für eine Theorie des künstlerischen Aktivismus? Diskussionsgegenstand – wenn auch nicht zentraler Gegenstand meines Vortrags – müsste dann sein, wie sich eine solche „eigene Kulturpolitik“ der Kunst auf staatliche Kulturpolitiken rückbeziehen lässt. Gerne beziehe ich die Ergebnisse der Diskussion als kollektive Überlegungen in den finalen Textbeitrag ein.

Mit kultureller Dynamik gegen rechte Mobilisierungen? Die erfolgreiche Bewerbung von Chemnitz als Kulturhauptstadt Europas aus kulturpolitischer Perspektive

Jonas Lendl, Universität Heidelberg

Rassistische Ausschreitungen brachten die sächsische Großstadt Chemnitz im Sommer 2018 national wie international in die Schlagzeilen. Viele relevante Erklärungsversuche für die gewalttätigen Massenproteste setzen über der lokalen Ebene an: das rechte Umland, die autoritäre „sächsische Demokratie“, nicht abgeschlossene Transformationsprozesse, die weite Teile der ehemaligen DDR betreffen, der globale Rechtsruck. Etablierte neonazistische Netzwerke mit entsprechender Infrastruktur, virulenter Alltagsrassismus sowie Wahlerfolge

extrem rechter Parteien sprechen wiederum für eine sorgfältige Analyse der lokalen Konstellation in Chemnitz.

Aktiviertere zivilgesellschaftliche Akteur*innen stellen die verbreitete Tendenz zur Verleugnung offenkundiger Problemlagen seit 2018 verstärkt in Frage. Was viele lieber mit der Chiffre „Ereignisse“ verdecken (Friese, Nolden & Schreiter 2019: 8), wurde von ihnen als Weckruf verstanden.

In der Vorauswahl für die deutsche Kulturhauptstadt Europas 2025 waren die für die Bewerbung Verantwortlichen 2019 noch sehr darum bemüht, das extrem rechte Mobilisierungspotential in der Stadtgesellschaft zu umschreiben. Das letztlich siegreiche Bewerbungsbuch von 2020 unter dem Motto *C the Unseen - European Makers of Democracy* stellt sich dagegen als Produkt der neuen zivilgesellschaftlichen Dynamik dar. Gestützt auf die mehrjährige qualitativ-ethnografische Beobachtung des Kulturhauptstadt-Bewerbungsprozesses soll der kulturpolitischen Fragestellung nachgegangen werden, ob die angestrebte „neue kulturelle Dynamik“ (Stadt Chemnitz 2020: 16) einen Beitrag zur Schwächung der extremen Rechten und damit zum Kampf um demokratische Hegemonie in Chemnitz leisten kann.

Kunst- und Kulturinstitutionen zwischen Dialograum und Echokammer?

Heike Greschke | Viktoria Rösch | Lukas Schmitz, Technische Universität Dresden

Der vorliegende Beitrag präsentiert Ergebnisse des Projektes „KupoS – Kunst und Kultur in der polarisierten Stadt“ des Zentrums für Integrationsstudien der TU Dresden, in dem die Rolle von Kunst und Kultur vor dem Hintergrund einer als polarisiert beschriebenen Dresdner Stadtgesellschaft in den Blick genommen wurde. Die Aufgaben von Kunst- und Kultureinrichtungen sind gesellschaftlich umkämpft. Sie werden gemeinhin als Orte kollektiver Selbstvergewisserung verstanden, die das „kulturelle Gedächtnis“ und das Selbstbild einer (Stadt-)Gesellschaft (vgl. Assmann 1988, S. 15) spiegeln, reproduzieren und stabilisieren. In dieser Hinsicht werden sie „häufig mit Identität in Verbindung gebracht“ (Terkessedis 2015, S. 172). Als „Räume[n] der Ausübung von Zivilgesellschaft“ (Kirchberg 2010, S. 258) wird an Kunst und Kultureinrichtungen überdies die Erwartung herangetragen, soziale Problemlagen zu identifizieren, in diesen zu vermitteln und so diskursiven Auseinandersetzungen eine Repräsentationsbühne zu geben.

Das Verständnis dieser vermittelnden Funktion kultureller Institutionen muss jedoch vor dem Hintergrund eines sich zuspitzenden (stadt-)gesellschaftlichen Dissens, wie er in den letzten Jahren in Dresden zu beobachten war, als Idealkonstruktion hinterfragt werden; zum einen, weil Institutionen selbst als nicht-neutrale Akteure im polarisierten Feld problematisiert wurden, zum anderen, weil sich ein tatsächlicher Dialog kaum beobachten ließ.

Ein Fokus des Projekts war der Einfluss gesellschaftlicher, wie kulturpolitischer Konflikte auf die Veranstaltungspraxis von Akteuren des kulturellen Felds der Stadt Dresden (staatliche Kulturinstitutionen, freie Kulturträger, Zivilgesellschaft). Dabei ließen sich zunächst vielfältige Konflikte identifizieren, die im Kern häufig um Fragen von Anerkennung und Zugehörigkeit kreisten. Ausgehend von Karl Mannheims Begriff der Polarisation, genutzt als heuristisches Werkzeug zur Analyse der Eskalation von Wir-Sie-Antagonismen im künstlerisch-kulturellen Feld, verstehen wir Polarisierung als kommunikative Repräsentanz von gesellschaftlichen Spaltungen und deren Aushandlung und Verhandlung im Feld der Kulturpolitik.

Für das Projekt wurden zunächst Akteure des kulturellen Feldes identifiziert und deren Veranstaltungspraxis sowie etwaige Aktionsbündnisse nachvollzogen; zudem wurden zu konfliktierenden Thematiken Expertengespräche geführt und Veranstaltungen ethnographisch begleitet. Aus dem empirischen Material wurden fallübergreifend zentrale Thesen entwickelt, welche die Beobachtungen zum Zusammenhang von Polarisierung und Veranstaltungspraxis kultureller Akteure bündeln. Diese Thesen wurden Protagonist*innen der künstlerischen Praxis in einem Workshop als Reflexionswissen zur Verfügung gestellt. Darüber entwickelte sich ein Austausch zwischen den einzelnen Akteuren und dem Projektteam, der wiederum in die finale Analyse und Ergebnisdokumentation (Greschke et al. 2020) mit einfluss.

Eine erste zentrale Erkenntnis betrifft Konflikt als sich selbst reproduzierenden Modus der Kommunikation und Repräsentation: am Dresdner Fall konnte gezeigt werden, wie sich in einer polarisierten Debatte Effekte aufmerksamkeitsökonomischer Eigenlogiken verstärken und verselbständigen, sodass die Veranstaltungspraxis kultureller Akteure in einer polarisierten Umgebung paradoxerweise von den Konflikten profitiert, in denen sie vermitteln soll. Die Vermittlungsmöglichkeiten kultureller Institutionen und im Feld agierender Personen werden zugleich beschränkt durch Logiken der Polarisierung. So wurden bspw. kulturelle Institutionen in

staatlicher Trägerschaft als Repräsentanz des konfligierenden Hintergrunds gelesen und so selbst zum Gegenstand polarisierter Debatten. Schließlich weist unser Beitrag auf (Neu-)Formierungsbewegungen hin, die sich in einer polarisierten (Stadt-)Gesellschaft ereignen können: Institutionen und Personen schließen sich in Bündnissen zusammen, um einer gemeinsam empfundenen zivilgesellschaftlichen Verantwortung nachzukommen; zugleich wird ein diffuses Gegenüber adressiert, dass auf diese Weise erst hervorgebracht bzw. in den Diskursraum inkludiert wird.

In unserem Beitrag werden wir die hier grob skizzierten Thesen näher ausführen und deren Tragfähigkeit über den Dresdner Fall hinaus zur Diskussion stellen.

17:00 - 17:30 Uhr // 5 - 5.30 PM

PAUSE // BREAK

17:30 - 18:30 Uhr // 5.30 - 6.30 PM

DISKUSSIONSPANEL // PANEL DISCUSSION (Moderation: Anke Schad-Spindler)

"Zukunftsperspektiven konfliktueller Kulturpolitik in Theorie und Praxis" // "Future perspectives of conflictual cultural policy in theory and practice"

Gabu Heindl | GABU Heindl Architektur

Gabu Heindl ist Architektin und Stadtplanerin, Geschäftsführerin von GABU Heindl Architektur, seit 2021 Professorin für Städtebau an der Technischen Hochschule Nürnberg. Autorin u.a. von Stadtkonflikte. Radikale Demokratie in Architektur und Stadtplanung (2020), und Herausgeberin (mit Michael Klein und Christina Linortner) von *Building Critique. Architecture and its Discontents* (2019). GABU Heindl Architektur ist spezialisiert auf Realisierungen von öffentlichen Kultur- und Sozialbauten, städtebauliche Studien und Planungen sowie Forschungen und Publikationen zu Planungspolitik und öffentlichen Raum. // Gabu Heindl is an architect and urban planner, managing director of GABU Heindl Architektur, since 2021 professor of urban planning at the Nuremberg University of Technology. Author, among others, of *City Conflicts. Radical Democracy in Architecture and Urban Planning* (2020), and editor (with Michael Klein and Christina Linortner) of *Building Critique. Architecture and its Discontents* (2019). GABU Heindl Architektur specializes in realizations of public cultural and social buildings, urban studies and planning, and research and publications on planning policy and public space.

Lidija Krienzer-Radojević | IG Kultur

Lidija Krienzer-Radojević ist Kulturanthropologin und Geschäftsführerin der IG Kultur Steiermark. Vor ihrem Umzug nach Graz war sie Angestellte der Universität Ljubljana und gestaltete nebenbei mit ihren Kolleg*innen das Programm der informellen Bildungsplattform Workers and Punks' University sowie eine Radiosendung auf Radio Student Ljubljana. Außerdem co-konzipierte sie das Programm des femi-queer Festivals Red Dawns. In Graz hatte sie zwischenzeitlich einen Lehrauftrag am Institut für Zeitgenössische Kunst (TU Graz), seit 2018 ist sie Geschäftsführerin der IG Kultur Steiermark. Sie beschäftigt sich mit Fragestellungen aus dem Themenkreis Kunst, Kultur und Zivilgesellschaft. // Lidija Krienzer-Radojević is a cultural anthropologist and managing director of IG Kultur Steiermark. Before moving to Graz, she was an employee of the University of Ljubljana and, together with her colleagues, designed the program of the informal educational platform Workers and Punks' University as well as a radio program on Radio Student Ljubljana. She also co-conceived the program of the femi-queer festival Red Dawns. In Graz she had a teaching position at the Institute for Contemporary Art (TU Graz) in the meantime, and since 2018 she has been the managing director of IG Kultur Steiermark. She deals with issues related to art, culture and civil society.

Friederike Landau-Donnelly | Radboud University

Friederike Landau-Donnelly ist Assistenzprofessorin für Kulturgeografie an der Radboud Universität in Nijmegen, Niederlande, wo sie derzeit Kurse in Stadt- und Kulturgeographie, Raumtheorie, Forschungsmethoden und Geographien der Fürsorge unterrichtet. Sie ist eine interdisziplinäre Wissenschaftlerin, deren Forschungsinteressen sich auf die Politik des öffentlichen Raums und umstrittene Erzählungen über die „kreative“ Stadt konzentrieren. In ihrer empirisch fundierten Forschung verwebt sie politische Theorien zu Konflikt, Macht und städtischem Raum mit Literatur zu künstlerischem Aktivismus, sozialen Bewegungen und zivilgesellschaftlicher Selbstorganisation. Sie konzipierte das Projekt „AGONART“ und

unterstützt die Analysen. // Friederike Landau-Donnelly is Assistant Professor of Cultural Geography at Radboud University in Nijmegen, the Netherlands, where she currently teaches courses in urban and cultural geography, spatial theory, research methods, and geographies of care. She is an interdisciplinary scholar whose research interests focus on the politics of public space and contested narratives about the "creative" city. Her empirically grounded research weaves together political theories of conflict, power, and urban space with literature on artistic activism, social movements, and civic self-organization. She conceptualized the project "AGONART" and supports the analyses.

Michael Wimmer | EDUCULT

Michael Wimmer ist Gründer und war bis Ende 2017 Geschäftsführer von EDUCULT. Seit 2018 ist er Direktor des Forschungsinstituts und nimmt seither die Funktion des Vorstandsvorsitzenden wahr. Aus diesen Tätigkeiten sowie als langjähriger Geschäftsführer des Österreichischen Kulturservice (ÖKS), als Musikerzieher und Politikwissenschaftler bringt Michael Wimmer umfassende Erfahrungen in die Zusammenarbeit von Kunst, Kultur und Bildung ein. Er ist u.a. Dozent an der Universität für angewandte Kunst Wien zu Kulturpolitikforschung. // Michael Wimmer is founder and was managing director of EDUCULT until the end of 2017. Since 2018 he has been director of the research institute and since then he has taken on the function of chairman of the board. From these activities, as well as from his many years as Managing Director of the Austrian Cultural Service (ÖKS), as a music educator and political scientist, Michael Wimmer brings extensive experience to the collaboration of arts, culture and education. He is a lecturer on cultural policy research at the University of Applied Arts Vienna.